

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

I. Von Nizza bis Rom

Der „Verfassungs-Konvent“: Ausgangslage, Zusammensetzung, Arbeitsweise, Ergebnisse	1
<i>Waldemar Hummer</i>	
Die Regierungskonferenz 2003/2004 – Ausgangslage, Zusammensetzung, Arbeitsweise, Ergebnisse	39
<i>Elisabeth Tichy-Fisslberger</i>	

II. Die Verfassung für Europa

Aufbau des Verfassungsvertrages, Rechtspersönlichkeit der Union und Vereinfachung der Verträge	69
<i>Rudolf Streinz</i>	
Institutionelle Ausgestaltung der Union	99
<i>Gert Nicolaysen</i>	
Vertikale Kompetenzverteilung zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten	125
<i>Walter Obwexer</i>	
Rechtsakte und Rechtsetzungsverfahren	125
<i>Walter Obwexer</i>	
Außenbeziehungen und Außenvertretung	177
<i>Bernd Martenczuk</i>	
Rechtsschutz	207
<i>Josef Azizi</i>	
Revisionsverfahren und Austritt	235
<i>Alfred Längle</i>	

Grundrechtsschutz	251
<i>Michael Potacs</i>	
Wirtschafts- und Währungsunion	267
<i>Rüdiger Stotz</i>	
Verfassungsvertragliche Neuerungen und Rekonstruktion des „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“	284
<i>Peter-Christian Müller-Graff</i>	
Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Solidaritätsklausel	307
<i>Waldemar Hummer</i>	

III. Die Verfassung für Europa in Österreich

Die Ratifikation des Verfassungsvertrages in Österreich – Anmerkungen zum konstitutionellen Gehalt des Verfassungsvertrages	343
<i>Theo Öhlinger</i>	
Ausgewählte Rechtsfragen der Anwendung des Verfassungsvertrages in Österreich	359
<i>Harald Dossi</i>	

IV. Allgemeine Bewertung und Ausblick

Exit und Voice im Verfahren der Verfassungsannahme – Politische Szenarien im Falle eines Scheiterns des Verfassungsvertrags	375
<i>Andreas Maurer/Deniz Devrim</i>	

Inhaltsverzeichnis

I. Von Nizza bis Rom

Der „Verfassungs-Konvent“: Ausgangslage, Zusammensetzung, Arbeitsweise, Ergebnisse	3
<i>Waldemar Hummer</i>	
A. Einführung	4
B. Vorläufer der gegenwärtigen Verfassungsdebatte	5
C. Der „Grundrechte-Konvent“: Von der „intergouvernementalen“ Regierungskonferenz-Methode zur „Konvents-Methode“.	8
D. Die „Erklärung (Nr 23) zur Zukunft der Union“ (2000) als Auslöser des „Post-Nizza-Prozesses“	10
I. Die zeitlichen Vorgaben des „Post-Nizza-Prozesses“	11
1. Die drei Phasen des „Post-Nizza-Prozesses“	11
2. Die (zeitliche) Interdependenz zwischen dem „Post-Nizza“- und dem Erweiterungsprozess	12
II. Die inhaltlichen Vorgaben des „Post-Nizza-Prozesses“	12
III. Die prozeduralen Vorgaben des „Post-Nizza-Prozesses“	13
E. Die „Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union“ (2001).	16
F. Der „Europa“- , „Zukunfts“- oder „Verfassungs-Konvent“	17
I. Zusammensetzung des Konvents	17
II. Dauer der Beratungen	20
III. Vorgangsweise	21
IV. Die Geschäftsordnung bzw die Arbeitsmethoden des Konvents	22
V. Abschlussdokument	24
VI. Besoldungs- und Finanzierungsfragen.	24
1. Die Besoldung des Präsidenten und der Vizepräsidenten.	24
2. Der Fonds zur Finanzierung des Konvents	25
3. Die Interorganvereinbarung über die Finanzierung des Konvents	26
G. Das Ergebnis des Konvents: Der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“.	26
H. Nachtrag	28
I. Pflicht zur Durchratifikation oder Zulässigkeit einer „Ratifikationsverweigerung“.	28
II. Die Bemühungen der österreichischen, finnischen und deutschen Präsidenschaft um eine Wiederbelebung des Verfassungsvertrages	30
III. Der Abschluss des Verfassungsvertrages durch Österreich	32

1. Ein „gesamteuropäisches“ Referendum?	32
2. Die Ratifikation des Verfassungsvertrages – eine Gesamtänderung der Bundesverfassung?	34

**Die Regierungskonferenz 2003/2004 – Ausgangslage, Zusammensetzung,
Arbeitsweise, Ergebnisse 39**

Elisabeth Tichy-Fisslberger

A. Ausgangslage	39
B. Zusammensetzung der Regierungskonferenz	40
C. Ergebnisse und ihre Vorgeschichte	42
I. Auftakt der Regierungskonferenz unter dem italienischen Vorsitz im 2. Halbjahr 2003	42
II. Ein erster bescheidener Durchbruch: das Außenministertreffen am 28./29. November 2003 in Neapel	45
III. Kein weißer Rauch: das Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 12./13. Dezember 2003.	46
IV. Irische Präsidentschaft: ein schwerer Start	48
V. März 2004: neue politische Rahmenbedingungen.	49
VI. Gipfeltreffen vom 25./26. März 2004: ein neues Startsignal	51
VII. Wiederaufnahme der Verhandlungen	52
VIII. Präsidentschaft spielt auf mehreren Klavieren.	53
IX. Außenministertagung am 17./18. Mai 2004: erste klare Worte des Vorsitzes zur Zusammensetzung der Kommission	54
X. Außenministertagung am 24. Mai 2004: der erste Durchbruch seit Neapel und ein Versuchsballon zur Definition der qualifizierten Mehrheit	55
XI. Außenministertagung am 14. Juni 2004: das Kompromissmosaik setzt sich langsam zusammen	57
XII. Finale der Staats- und Regierungschefs	60
D. Bilanz	65

II. Die Verfassung für Europa

**Aufbau des Verfassungsvertrages, Rechtspersönlichkeit der Union
und Vereinfachung der Verträge 69**

Rudolf Streinz

A. Einleitung	70
B. Aufbau des Verfassungsvertrages	74
I. Überblick.	74

II.	Präambel	75
III.	Teil I: Organisationsverfassung allgemein.	76
IV.	Teil II: Modifizierte Übernahme der Charta der Grundrechte der Europäischen Union	78
V.	Teil III: Übernahme der Politikbereiche und der Arbeitsweise der Union aus den Bestimmungen des EG-Vertrages und des EU-Vertrages.	79
VI.	Teil IV: Übergangs- und Schlussbestimmungen	81
C.	Rechtspersönlichkeit der Union	82
I.	Streit um die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union	82
	1. Rechtspersönlichkeit der EG – Fehlende (ausdrückliche) Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union	82
	2. Bestrebungen zur Einführung einer ausdrücklichen Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union	83
	3. Entwicklung und Ansätze zu einer inhärenten Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union	83
	4. Auftrag im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses	83
II.	Ausdrückliche Festlegung der Rechtspersönlichkeit der jetzt einheitlichen „Union“ in Art I-7 EVV als zwangsläufige Folge der „Fusion“ von EG und Europäischer Union zur „Union“	84
III.	Folgen der Rechtspersönlichkeit der „Union“	85
	1. Völkerrechtssubjektivität	85
	2. Zurechnung der Akte der „Union“ an diese.	85
	3. Verhältnis der „Union“ zu den Mitgliedstaaten.	85
	4. „Unionsrecht“ und Recht der Mitgliedstaaten	86
D.	Vereinfachung der Verträge	87
I.	Auftrag des „Post-Nizza-Prozesses“	87
II.	„Fusion“ von Europäischer Union und EG zur „Union“	87
	1. Regelung im Verfassungsvertrag	87
	2. Folgen für das Primärrecht („Verfassung“, „Verfassungsrecht“)	87
	3. Folgen für das Sekundärrecht.	88
III.	„Vereinfachung“ des Rechts der Union	88
E.	Erste (kritische) Bewertung der „Vereinfachung“	89
I.	Grenzen der „Fusion“ von Europäischer Union und EG zur „Union“.	89
	1. Nur formelle oder materielle Überwindung des „Säulenmodells“ des Maastricht-Vertrages?.	89
	2. Unterschiede zwischen Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS).	89
II.	Gibt es wirklich eine „Vereinfachung“ der Verträge?	90
	1. Versuch der Zusammenführung und Neuordnung	90

2. Grenzen der Zusammenführung	90
a) Fortbestehen des EAG-Vertrages und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)	90
b) Annexe, Protokolle und Erklärungen	90
3. Doppelungen und Widersprüche	91
4. Näher am Bürger?	91
III. Einzelne Beispiele	91
1. Kompetenzordnung nach dem Verfassungsvertrag	91
2. Neuordnung (terminologisch und inhaltlich) der Rechtsakte der „Union“	92
3. Neuordnung der Organe	93
4. Finanzordnung der „Union“	94
F. Schluss	95

Institutionelle Ausgestaltung der Union 99

Gert Nicolaysen

A. Vorbemerkungen zum Thema	100
I. Ziele der institutionellen Vertragsänderung	100
II. Offenheit der Integrationsverfassung	101
III. Supranationale und intergouvernementale Strukturen	102
B. Institutionen	104
I. Europäischer Rat	104
1. Europäischer Rat als Organ der Union	104
2. Unveränderte Aufgaben und Kompetenzen des Europäischen Rates	106
a) Politische Leitfunktion.	106
b) Abgrenzung zu den Aufgaben der Kommission.	108
3. Neuerungen im Einsatz des Europäischen Rates	108
a) Entscheidungsbefugnisse	108
b) Vereinfachte Verfassungsänderung	109
c) Vervollständigung der Verfassung	110
d) Rekursfunktion.	111
e) Ordentliche Verfassungsänderung	112
f) Teilnahme am Euro	112
4. Institutionelle Bewertung	112
II. Rat	112
1. Vorsitz	112
2. Definition der qualifizierten Mehrheit	113
III. Kommission	114
IV. Unionsparlament	117
V. Nationale Parlamente	119

VI. Gerichtsbarkeit	122
VII. Europäische Zentralbank	122
VIII. Konvent	123
C. Fazit	124

Vertikale Kompetenzverteilung zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten 125

Walter Obwexer

A. Einführung	125
B. Grundsätze der Kompetenzordnung	129
I. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	129
II. Grundsatz der Subsidiarität	130
III. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	131
C. Arten von Zuständigkeiten	131
I. Ausschließliche Zuständigkeit	132
II. Geteilte Zuständigkeit	133
III. Unterstützende Zuständigkeit	134
IV. Besonders geregelte Zuständigkeiten	135
1. Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik	135
2. Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	136
D. Flexibilitätsklausel	136
E. Neue Kompetenzen der Union	137
I. Ausschließliche Zuständigkeit	137
II. Geteilte Zuständigkeit	138
III. Unterstützende Zuständigkeit	140
IV. Besonders geregelte Zuständigkeiten	141
1. Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik	141
2. Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	142
F. Kontrolle der Kompetenzausübung	143
I. Frühwarnsystem	143
II. Subsidiaritätsklagen	144
G. Wertung	146

Rechtsakte und Rechtsetzungsverfahren 147

Walter Obwexer

A. Einführung	148
B. Rechtsakte	150

I.	Allgemeine Vorgaben	150
1.	Katalog der Rechtsakte	150
2.	Gekennzeichnete Rechtsakte	151
a)	Verbindliche Rechtsakte	151
b)	Nicht verbindliche Rechtsakte	152
3.	Ungekennzeichnete Rechtsakte	152
4.	Wahl der Rechtsaktform	153
II.	Europäisches Gesetz	153
III.	Europäisches Rahmengesetz	154
IV.	Europäische Verordnung	157
V.	Europäischer Beschluss	158
VI.	Internationale Übereinkünfte	159
VII.	Normenhierarchie	160
C.	Rechtsetzungsverfahren	162
I.	Gesetzgebungsverfahren	162
1.	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	162
2.	Besondere Gesetzgebungsverfahren	165
a)	Gesetzgebungsakte des Europäischen Parlaments	165
b)	Gesetzgebungsakte des Rates	166
II.	Sonstige Rechtsetzungsverfahren	167
1.	Erlass Europäischer Verordnungen	167
2.	Erlass Europäischer Beschlüsse	167
3.	Abgabe von Empfehlungen	168
4.	Abgabe von Stellungnahmen	168
III.	Beschlussfassung im Rat	168
IV.	Erleichterter Übergang zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren	169
1.	Passerelles	169
2.	Vereinfachtes Verfassungsänderungsverfahren	170
3.	Begründung einer Verstärkten Zusammenarbeit	171
V.	Beteiligung der nationalen Parlamente am Rechtsetzungsverfahren	171
1.	Unterrichtung der nationalen Parlamente	171
2.	Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips	173
D.	Wertung und Ausblick	175

Außenbeziehungen und Außenvertretung 177

Bernd Martenczuk

A.	Einleitung	177
B.	Außenbeziehungen in den Arbeiten von Konvent und Regierungskonferenz	178
C.	Einheitliche Rechtspersönlichkeit der EU	180

D. Außenkompetenzen der EU	182
I. Außenbeziehungen im Verfassungstext	183
II. Grundprinzipien der EU-Außenkompetenzen	183
1. Kompetenz zum Abschluss internationaler Abkommen	184
2. Ausschließliche Kompetenzen	185
III. Punktuelle Kompetenzerweiterungen	187
1. Handelspolitik.	187
2. Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe	188
3. Beitritt zur EMRK	189
E. Außenvertretung der EU	190
I. Kommission	190
II. Außenminister	191
III. Präsident des Europäischen Rates	193
IV. Europäischer Auswärtiger Dienst und Delegationen der Union	194
V. Beziehungen zu internationalen Organisationen.	195
F. Internationale Abkommen der EU	196
G. Rolle von Parlament, Ministerrat und Mitgliedstaaten	198
I. Europäisches Parlament	198
II. Abstimmung im Rat	199
III. Gemischte Abkommen.	201
H. Rechtsschutz auf dem Gebiet der Außenbeziehungen	201
I. Schlussbewertung	203
Rechtsschutz	205
<i>Josef Azizi</i>	
A. Einführung	207
I. Vorbemerkung: Eingrenzung des Rechtsschutzbegriffes im thematischen Zusammenhang	207
II. Derzeit geltende Rechtslage als Ausgangspunkt und Vergleichsbasis für den Verfassungsvertrag	207
1. Jüngste Rechtsentwicklung im Bereich der Gemeinschaftsgerichtsbarkeit und ihre Auswirkungen auf das aktuelle Rechtsschutzsystem	207
a) Vertrag von Nizza und Beitrittsvertrag	207
aa) Vertrag von Nizza	207
bb) Beitrittsvertrag	208
b) Beschluss des Rates zur Neuregelung der Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG vom 26. April 2004.	209

c)	Beschluss des Rates vom 2. November 2004 zur Errichtung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (2004/752/EG, Euratom)	209
d)	Beschluss des Rates vom 3. Oktober 2005 betreffend die Überprüfungsbefugnis des EuGH gegenüber Entscheidungen des EuG	210
2.	Allfällige Rechtsschutzdefizite nach der derzeitigen Rechtslage	211
a)	Allgemeines	211
b)	Direktklagen	211
c)	Vorabentscheidungsverfahren	211
B.	Hauptsächliche Änderungen aufgrund des Verfassungsvertrages	212
I.	Rechtsstrukturelle Rahmenbedingungen der Unionsgerichtsbarkeit	212
1.	Verfassungsrechtliche Änderungen im System der Rechtsatzformen	212
a)	Verfassungsvertrag	212
aa)	Zusammenfassung der primärrechtlichen Rechtsgrundlagen (EUV und EGV) in einem einzigen Verfassungsvertrag	212
bb)	Einbezug eines Grundrechtskatalogs in den Verfassungsvertrag	212
b)	Neugliederung und Neuqualifizierung des Systems der sekundärrechtlichen Rechtsatzformen (Art I-33 ff EVV)	212
aa)	Vorbemerkung	212
bb)	Rechtsakte mit Gesetzescharakter (Gesetzgebung im formellen Sinn)	213
cc)	Rechtsakte ohne Gesetzescharakter	213
2.	Einteilung von Rechtsakten nach ihrem Verhältnis zum Gesetz	214
a)	Gesetzesergänzende oder gesetzändernde Rechtsakte (delegierte Europäische Verordnungen, Art I-36 EVV)	214
b)	Durchführungsrechtsakte der Union (Europäische Durchführungsverordnungen, Europäische Durchführungsbeschlüsse, Art I-37 EVV)	214
3.	Potentielle Auswirkungen der Änderung von Rechtsatzformen	214
a)	Vorbemerkung	214
b)	Auswirkungen der künftigen Rechtsatzformen als Rechtsgrundlage der Unionsgerichtsbarkeit	215
aa)	Erleichterte Abänderbarkeit der Satzung	215
bb)	Gesetzliche Errichtung von Fachgerichten	215
cc)	Verfahrensordnungen	215
c)	Geänderte bzw neue Rechtsatzformen als Prüfmaßstab der Unionsgerichtsbarkeit	216

II.	Organisatorische Randbedingungen der Unionsgerichtsbarkeit aufgrund des Verfassungsvertrages	217
	1. Allgemeine Charakteristik gegenüber der bisherigen Rechtslage	217
	2. Neue Terminologie des Verfassungsvertrages	218
	3. Zur Verfassungslegistik im Bereich der Gerichtsorganisation	219
	a) Errichtung von Fachgerichten	219
	b) Verfahren zur Auswahl bzw Bestellung von Mitgliedern des Gerichtshofs bzw des Gerichts („Auswahlausschuss“)	220
III.	Kompetenzen der Unionsgerichtsbarkeit aufgrund des Verfassungsvertrages	220
	1. Grundlegendes verfassungsrechtliches Regime unionsgerichtlicher Kompetenzbereiche	220
	a) Regelung des Art I-29 Abs 3 EVV als Ausgangspunkt	220
	b) Allgemeine Kompetenzregelungstechnik	221
	c) Besondere Zuständigkeiten	221
	d) Bereichs-Ausnahmen von der unionsgerichtlichen Prüfkompetenz	222
	aa) Ausnahme im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	222
	bb) Ausnahme im Polizeibereich	223
	2. Direktklagen	223
	a) Allgemeines	223
	b) Klagerecht von Einzelpersonen gegenüber Sekundärrechtsakten gem Art III-365 Abs 4 EVV	223
	aa) Vorgeschichte	223
	bb) Meinungsstreit im Verfassungskonvent	224
	cc) Textänderung in Art III-365 Abs 4 EVV im Verhältnis zu Art 230 Abs 4 EGV.	225
	dd) Potentielle Hürden für den neuen erweiterten Gerichts- zugang	226
	c) Andere Direktklagen	228
	3. Vorabentscheidungsverfahren	229
	4. Spezielle Zuständigkeitsregelungen	231
	a) Vorschlagsrechte	231
	b) Vereinfachtes Sanktionsverfahren gegen Mitgliedstaaten	231
	c) Inhaltliche gerichtliche Gestaltungsbefugnisse (meritorische Entscheidungsbefugnis).	231
C.	Rechtspolitische Wertung aus der Sicht des Rechtsschutzes	232
	I. Kurzbefund (Auswahl)	232
	II. Mögliche Perspektiven	233
D.	Schluss	233

Revisionsverfahren und Austritt	235
<i>Alfred Längle</i>	
A. Einführung	235
B. Verfahren der Revision des Verfassungsvertrages	235
I. Vorarbeiten: Studien des Centre Robert Schuman am Europäischen Hochschulinstitut Florenz	235
II. Überblick über die Revisionsverfahren des Verfassungsvertrages	237
III. Ordentliches Änderungsverfahren	237
IV. Vereinfachte Änderungsverfahren	240
1. Vereinfachtes Änderungsverfahren betreffend die internen Politikbereiche der Union	240
2. Vereinfachtes Änderungsverfahren der sogenannten „Passerelles“- Bestimmungen	241
a) Allgemeine „Passerelles“-Bestimmungen	241
b) Besondere „Passerelles“-Bestimmungen	242
3. Vereinfachtes Verfahren zur Änderung bestimmter dem Verfassungsvertrag beigefügter Protokolle	243
C. Austritt aus der Union	244
I. Bisherige rechtliche Beurteilung eines Austrittsrechts aus der Union	244
II. Austrittsverfahren nach Art I-60 EVV	245
III. Wertung der Austrittsklausel des Art I-60 EVV	247
IV. Sonderproblem: Austritt aus Euratom ohne gleichzeitigen Austritt aus der Union	248
 Grundrechtsschutz	 251
<i>Michael Potacs</i>	
A. Einleitung	251
B. Verbesserung des Grundrechtsschutzes?	253
I. Grundrechtskatalog anstelle von Richterrecht	253
II. Staatlicher Vollzug von Gemeinschaftsgrundrechten	255
III. Beitritt der Union zur EMRK	258
IV. Resümee	260
C. Soziale Grundrechte	261
D. Verhältnis der Charta zu anderen Grundrechtsverbürgungen	263
I. EMRK	263
II. Staatliche Grundrechte	264
E. Schlussbemerkung	266

Wirtschafts- und Währungsunion	267
<i>Rüdiger Stotz</i>	
A. Einleitung	267
B. Grundlagen	268
C. Koordinierung der Wirtschaftspolitik	268
D. Einzelfragen der Wirtschafts- und Währungspolitik	272
I. Diskussionspunkte	272
II. Stabilitäts- und Wachstumspakt	273
III. Wirtschaftspolitische Überwachung	275
IV. Defizitverfahren	276
V. Regelungen für die Euro-Staaten	279
VI. Preisstabilität als Ziel	281
E. Zusammenfassung	281
Verfassungsvertragliche Neuerungen und Rekonstruktion des „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“	283
<i>Peter-Christian Müller-Graff</i>	
A. Einführung	284
B. Konzeptentwicklung?	285
I. Gegenwärtige Primärrechtslage	286
1. Normative Lokation	286
2. Konzept	287
II. Vom Verfassungsvertrag projektierte Rechtslage	288
1. Normlokation	288
2. Konzeption und Notwendigkeit der konzeptionellen Rekonstruktion	289
C. Konsequenzen der Zusammenziehung	291
I. Zurechnung von Maßnahmen	291
II. Rechtsnatur	292
III. Zuständigkeiten	292
1. Konzeptioneller Wandel in den tatbestandlichen Voraussetzungen der Ermächtigungsnormen	292
2. Erweiterungen der ausdrücklichen Subthemen	294
a) Zugangspolitiken.	294
b) Ziviljustitielle Zusammenarbeit	294
c) Strafjustitielle Zusammenarbeit	295
aa) Allgemeine Zuständigkeitsnorm	295
bb) Maßnahmen im Strafverfahrensrecht	295

cc)	Harmonisierung des materiellen Strafrechts	296
dd)	Kriminalprävention	297
d)	Polizeiliche Zusammenarbeit	297
IV.	Zugängliche Maßnahmetypen	298
V.	Beschlussverfahren	299
VI.	Rechtsschutz	299
VII.	Räumlicher Geltungsbereich	300
D.	Transnationale Gemeinwesenverdichtung versus mitgliedstaatliche Gestaltungs- und Durchsetzungsautonomie	301
I.	Verdichtung des transnationalen europäischen Gemeinwesens	301
1.	Supranationale Verstärkung	301
2.	Sonstige Verdichtungselemente	301
II.	Zukunft der mitgliedstaatlichen Gestaltungs- und Durchsetzungs- autonomie	302
1.	Europäischer Rat	302
2.	Einschränkungen gemeinschaftsrechtlicher Muster	303
a)	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	303
b)	Instrumentarium	304
c)	Jurisdiktion.	304
E.	Zusammenfassung	304
 Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Solidaritätsklausel		 307
<i>Waldemar Hummer</i>		
A.	Einführende Bemerkungen	307
B.	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	312
I.	Institutionell-organisatorische Neuerungen	312
1.	Der Außenminister der Union	313
2.	Der Präsident des Europäischen Rates	316
3.	Der „Europäische Auswärtige Dienst“	316
a)	Die „Delegationen“ der Kommission als Vorläufer	316
b)	Der „Europäische Auswärtige Dienst“.	318
4.	Die „Delegationen der Union“	320
II.	Verfahrensrechtliche Neuerungen	320
1.	Qualifizierte Mehrheit und „Passerelle“	320
2.	Konstruktive Enthaltung und „Veto“	321
3.	Herbeiführung einer „Verstärkten Zusammenarbeit“.	321
C.	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	322
I.	Die „Europäische Sicherheitsstrategie – Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ (2003)	322

II.	„Petersberg-Maßnahmen“: Inhaltliche Ausweitung und kollektive Durchführung	325
	1. Ausweitung der Petersberg-Maßnahmen	326
	2. Sonderfall: Terrorismusbekämpfung	326
	3. Durchführung durch eine „Gruppe von Mitgliedstaaten“	327
III.	„Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“	328
IV.	„Battle-Groups“	330
V.	Von der „Engeren Zusammenarbeit“ zur obligatorischen Beistandspflicht	332
VI.	„Europäische Verteidigungsagentur“ (EVA)	335
D.	Solidaritätsklausel	337
E.	Schlussbetrachtungen	339

III. Die Verfassung für Europa in Österreich

	Die Ratifikation des Verfassungsvertrages in Österreich – Anmerkungen zum konstitutionellen Gehalt des Verfassungsvertrages . . .	343
	<i>Theo Öhlinger</i>	
A.	Erfordernis der Ratifikation durch die Mitgliedstaaten	343
B.	Referendum – die Dimensionen der Fragestellung	345
	I. Europäische Ebene	345
	II. Nationalstaatliche Ebene	346
	1. Verfassungspolitische Problematik	346
	2. Verfassungsdogmatischer Aspekt	347
C.	Vorrang des Unionsrechts	348
	I. Neuformulierung des Vorrangs im Verfassungsvertrag	348
	II. Grenzen des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts	349
	III. Vorranganspruch des Verfassungsvertrages	350
	IV. Konsequenz: Keine Prüfungsbefugnis des VfGH	352
	V. Mögliche Gegenargumente	353
	1. Garantie der nationalen Identität	353
	2. Perpetuierte Prüfungsbefugnis des VfGH	354
D.	Zwischenergebnis	356
E.	Ergänzende Überlegungen	356
F.	Zur Sinnhaftigkeit einer Volksabstimmung	358

Ausgewählte Rechtsfragen der Anwendung des Verfassungsvertrages in Österreich 359

Harald Dossi

A. Einführung 359

B. Bestandsaufnahme verfassungsrechtlicher Begleitregelungen 361

C. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Implikationen des Verfassungsvertrages. 361

 I. Vorrang des Unionsrechts 362

 II. Schutz der Grundrechte 362

 III. Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz 362

 IV. Gemeinsame Außen- und Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik . . . 364

 V. Austritt aus der Union 366

 VI. Mitwirkung der nationalen Parlamente und Subsidiaritätskontrolle . . 366

 VII. Verwaltungszusammenarbeit zur Durchführung des Unionsrechts . . . 370

 VIII. Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrages 371

D. Zusammenfassung 372

IV. Allgemeine Bewertung und Ausblick

Exit und Voice im Verfahren der Verfassungsannahme – Politische Szenarien im Falle eines Scheiterns des Verfassungsvertrags . . . 375

Andreas Maurer/Deniz Devrim

A. Vorbemerkung: Institutionen im Schatten der Inaktivität 376

B. Regierungskonferenz und Ratifikation des Verfassungsvertrages 376

 I. Erste Welle der parlamentarischen Ratifikationsverfahren in den osteuropäischen Staaten 377

 II. Referendum in Spanien 380

 III. Parlamentarisches Verfahren in Griechenland, Belgien, Frankreich, Deutschland und Österreich 383

 1. Belgien 383

 2. Frankreich 384

 3. Österreich 386

 4. Deutschland 387

 IV. Weitere Verfahren 389

C. Erste Lehren aus der Ratifikationsdebatte zum Verfassungsvertrag 389

D. Kontext einer dynamischen Debatte 391

E. Auslösebedingungen für Exit und Voice: Die Ratifikation durch Referendum 393

F. Meinungsbild in den „kritischen“ Mitgliedstaaten	394
I. Debatte in Großbritannien	394
1. Parlamentarisches Verfahren	395
2. Referendumsdebatte	395
3. Debatte nach dem Doppel-Nein	396
4. „The practical European“ – Britische Ratspräsidentschaft	397
II. Französisches Debakel	398
1. Erosion der Zustimmung	399
2. Konflikte innerhalb der Sozialistischen Partei	400
3. Debatte der Grünen und der PRG	402
4. Geschlossene Gegnerschaft zum EVV im linksextremen Lager	403
5. Debatte in der UMP	404
6. Debatte in den rechtsextremen Parteien	404
7. Abstimmung im Kontext einer national fokussierten Europadebatte	404
a) Wahlergebnis.	406
b) Gründe für die Ablehnung des EVV.	407
III. Unsicherheiten im polnischen Verfahren	411
IV. Risikofaktor Tschechien	413
G. Argumente des Referendums in der Analyse	415
H. Optionen nach dem Scheitern	418
I. Exit: Austritt, Ausschluss oder Neugründung	418
1. Suspendierung der Mitgliedschaft	420
2. Einvernehmlicher und einseitiger Austritt	420
3. Austritt aus dem völkerrechtlichen Verbund EU	422
4. Ausschluss aus dem völkerrechtlichen Verbund EU	422
5. Argumente gegen die Anwendung des Völkervertragsrechts in der EU	423
6. Austritt aus dem eigenständigen Gemeinwesen EU	424
7. Neugründung der EU	426
II. Voice: Informelle Anwendung und Inkrafttreten des Vertrages	427
1. Reformen aufgrund des Selbstorganisationsrechts der Organe	428
2. Reformen durch Interinstitutionelle Abkommen	430
3. Reformen durch organrechtliche Beschlüsse	432
4. Grenzen der informellen Inkraftsetzung	432
III. Ehrliche Koexistenz als Kompromiss	433